

Energiepapst, aber nicht unfehlbar

Michael Kohn war eine Instanz in der Stromindustrie und lobbyierte für die Atomenergie – bei Atomkraftgegnern machte ihn dies alles andere als beliebt. Nun liegt eine Biografie über Kohn vor.

Karl Lüönd*

Er war der Chef-Lobbyist der Atomenergie und die Hassfigur für manche Umweltschützer. Aber anders als die meisten Strippenzieher wich er keiner öffentlichen Diskussion aus. Der gelernte Bauingenieur Michael Kohn (1925–2018) verstand es, das Wesentliche seines Fachs in die Öffentlichkeit und vor allem in die Politik zu tragen. Und er erlernte die wirtschaftliche Seite der Stromindustrie.

Jetzt ist die Biografie des Mannes erschienen, den alle den «Energiepapst» nannten. Das Buch lebt von den vielen, von Kohn noch autorisierten Selbstzeugnissen. Leider blieb ihm nicht mehr die Zeit, das gesamte Manuskript gegenzulesen.

Die entscheidende Wende in Kohns Leben war, dass der Ingenieur zum Manager, später zum Unternehmensleiter von Motor-Columbus (1975–1985) wurde. Wesentlich dafür waren die drei Jahre, die er als Ingenieur beim Jordan-Wasserwerk in Israel verbrachte. Dort knüpfte er wertvolle Kontakte für die Schweizer Maschinenindustrie und lernte, sich in ungewohnten Situationen zurechtzufinden. Das erste, was er am See Tiberias hörte, war der wohlmeinende Rat: «Tragen Sie hier nie ein weisses Hemd! Sie würden es den Scharfschützen zu einfach machen.»

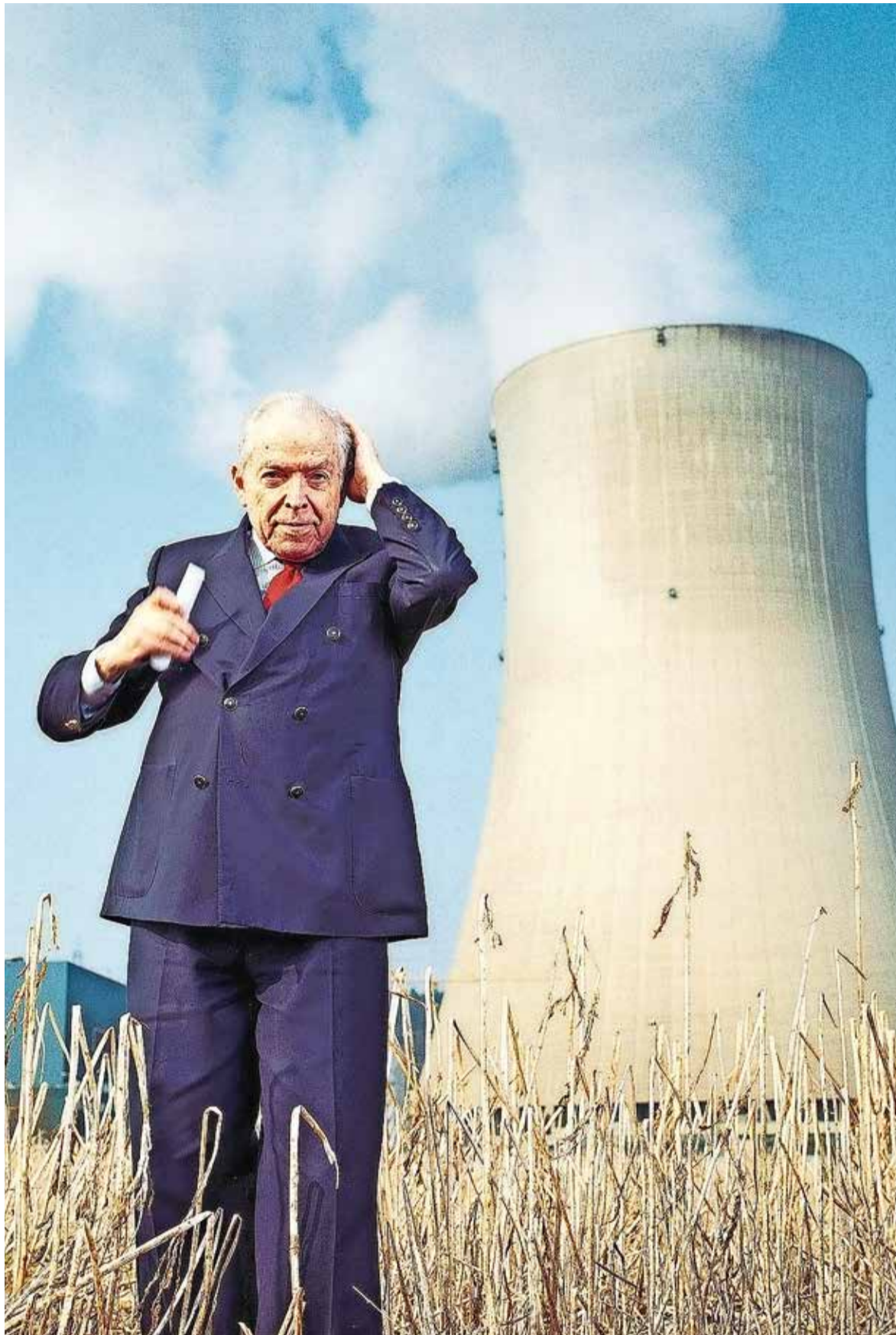
Leben auf gepackten Koffern

Später, nach einer schnellen Karriere, versuchte Michael Kohn als Unternehmensleiter die Diversifikation von Motor-Columbus in neue, nicht elektrizitätsbezogene Arbeitsbereiche. Da zeigte sich, dass der Papst nicht unfehlbar war.

Er scheiterte auch mit dem Kernkraftwerk Kaiseraugst und setzte sich dafür – mit Hilfe seines Freundes, dem SP-Bundesrat Willi Ritschard – mit dem «Plan B» in Gösigen durch. Dabei lernte er den Einfluss der Politik kennen. Der Aargauer Regierung war das Schicksal des Projekts im entlegenen Kaiseraugst ziemlich egal. Dagegen setzten sich die Solothurner mit aller Macht für Gösigen ein.

Am Ende seiner Laufbahn kehrte Kohn als kurzzeitiger Präsident des Israelitischen Gemeindebunds und als Vermittler zwischen den angriffigen jüdischen Organisationen aus den USA und dem Schweizer Staat zu seinen Wurzeln zurück. Zugleich bemühte er sich als gesuchter Berater, die grünen Klimaziele mit den wirtschaftlichen Zwängen in Einklang zu bringen.

Michael Kohn gehörte zur zweiten Generation jüdischer Einwanderer aus Ost-



Michael Kohn (1925–2018) posiert 2006 vor dem AKW Gösigen.

BILD ANDREAS EGGENBERGER

polen. Sein Vater wurde nach La Chaux-de-Fonds geschickt, um den Uhrmacherberuf zu erlernen. Aber er fand keine Stelle und tat sich mit seinem jüngeren Bruder zusammen. Sie wurden «Schmattes-Jiden», Tuchjuden, die mit ihren Kleiderkollektionen die Jahrmärkte abklapperten. Nach einigen schwierigen Jahren hatten die beiden das Glück, an der Langstrasse in Zürich ein Geschäftshaus kaufen zu können.

Michael war das einzige Kind. Seine Mutter stammte aus Bessarabien. Als Halbwüchsiger half Michael gern im Laden aus. Einmal musste er zäh klebende Plakate vom Schaufenster abkratzen, auf denen unbekannte Fröntler den Spruch gedruckt hatten: «Kauft nicht beim Juden!» Kohn sagte später: «An der Langstrasse habe ich gelernt, mich mit den einfachen Leuten zu verständigen.» Die Kohns, nicht besonders religiös, sondern eher zionistisch eingestellt, wohnten weit weg von der Synagoge in Zürich-Unterstrass. Der Vater, bekümmert darüber, weil sein Sohn studieren wollte, leistete noch mit 50 Jahren Aktivdienst. Michael Kohn erinnerte sich: «Die Aussicht, bald an Leib und Leben bedroht zu sein, war für uns Alltagsrealität. Wir lebten jahrelang auf gepackten Koffern. Aber wir sprachen nie darüber.»

Bauen als patriotische Pflicht

Einige Blocks von der elterlichen Wohnung entfernt, an der ETH, machte Michael in Rekordzeit sein Diplom. Die Professoren kümmerten sich um Praktikumsplätze. 1952 kam er zu Motor-Columbus, der Ingenieur- und Finanzierungsgesellschaft des BBC-Konzerns. Auf der Kraftwerksbaustelle Zervreila arbeitete Kohn im Stollen. Ihm und seiner ganzen Generation fiel es nicht im Traum ein, den Sinn ihrer Tätigkeit in Frage zu stellen. «Für uns war das Bauen eine patriotische Pflicht. Die Schweiz hatte viel nachzuholen.» Die Mentalität der ersten Manager-Generation nach dem Krieg!

1974 trat Michael Kohn als Präsident der Kommission für die Gesamtenergie-Konzeption hervor: 114 ganztägige Sitzungen in vier Jahren! Hoch angerechnet wurde ihm, dass er nicht einfach ein Patentrezept verkündete, sondern sorgfältig 13 Szenarien – von ultraliberal bis total verstaatlicht – zur Auswahl vorlegte. Kohns Kommissionsbericht war lange eine wichtige Grundlage der Schweizer Energiepolitik.

* Der Autor ist Journalist und Publizist. Sein Buch: Der Energiepapst. Wirken, Werk und Werte von Michael Kohn. Reihe «Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik», 124 Seiten, 29 Fr.

«Ein Ja spielt nur den Rechtsaussen in die Hände»

Die Mitte-Partei ist überraschend deutlich gegen ein Verhüllungsverbot – auch weil viele mit den Initianten fremdeln.

BERN. Am Ende gab es nichts zu rütteln: Die Mitte sagt Nein zur Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot. Gefasst wurde die Parole der neuen Partei, die auf nationaler Ebene aus CVP und BDP hervorgegangen ist, nicht von Delegierten, sondern von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und der Vereinigungen. Mit 22 zu 8 Stimmen empfiehlt sie die Initiative zur Ablehnung. Die Ja-Parole gibt sie hingegen für die E-ID-Vorlage und zum Freihandelsabkommen mit Indonesien ab.

Anders als die Delegiertenversammlung fand die Präsidiumskonferenz hinter verschlossenen Türen statt; die Debatte war darum nicht öffentlich. Aus Sicht des Gremiums ist der indirekte Gegenvorschlag zielführender, wie es in einer Mitteilung festhält: Wer sich vor Behörden oder im öffentlichen Verkehr identifizieren muss, soll demnach ge-

setzlich verpflichtet werden, das Gesicht zu zeigen.

Die Abstimmungsempfehlung fällt überraschend aus. Denn zumindest, wenn man die öffentlichen Verlautbarungen prominenter Exponenten als Massstab nimmt, schien die Mitte-Partei beim Verhüllungsverbot tief gespalten. Da ist zum einen die Aargauer Parteichefin und Nationalrätin Marianne Binder, die das überparteiliche Komitee «Frauenrechte Ja» mitgegründet hat. Sie hält die Vollverschleierung schlicht für rechtsstaatswidrig. Vor allen Dingen jedoch sympathisiert Parteipräsident Gerhard Pfister höchstpersönlich mit dem Verhüllungsverbot. Nun stellt er diplomatisch fest:

«Der Gegenvorschlag nimmt aus Sicht der Mehrheit unserer Partei die zentralen Anliegen der Initiative auf.»

Gerhard Pfister
Präsident der Mitte

«Der Gegenvorschlag nimmt aus Sicht der Mehrheit unserer Partei die zentralen Anliegen der Initiative auf, lässt aber den Kantonen die Freiheit, zu entscheiden, ob sie ein allgemeines Verhüllungsverbot einführen wollen oder nicht.»

Tatsächlich dürften für viele Mitte-Spitzenleute nicht inhaltliche Argumente, sondern formale Aspekte ausschlaggebend sein. Kleidervorschriften hätten in der Bundesverfassung nichts zu suchen, finden sie. Zumal es in der Schweiz nur wenige Frauen gebe, die ihr Gesicht ganz verhüllen. Ein Verhüllungsverbot müsse wenn schon auf kantonaler Ebene geregelt werden.

Gleichzeitig fremdeln nicht wenige mit dem Absender der Initiative, wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mitte-Konferenz berichten. Die frauenrechtlichen Argumente nehmen sie dem Egerkinger Komitee um SVP-Nationalrat Walter Wobmann nicht ab. Oder wie ein Mitte-Kantonpräsident hinter vorgehaltener Hand einräumt: «Ein Ja zur Initiative spielt leider nur den Rechtsaussen in die Hände.» (swa)

SP ringt sich beim Abkommen mit Indonesien zu Nein durch

BERN. Die Delegierten der SP haben sich am Samstag zur virtuellen Delegiertenversammlung getroffen. Dabei haben sie die Parolen für die Abstimmung vom 7. März gefasst. Während die Voten gegen die Burka-Initiative und gegen das E-ID-Gesetz klar ausfielen, waren sich die Delegierten beim Handelsabkommen mit Indonesien überhaupt nicht einig.

Bei diesem Abkommen sind die Menschenrechte sowie die umweltschädliche Produktion des Palmöls in Indonesien umstritten. Der Zürcher Nationalrat Fabian Molina versuchte, die Delegierten trotzdem für ein Ja zu gewinnen. Damit werde weltweit erstmals ein Nachhaltigkeitslabel auf Stufe Völkerrecht festgeschrieben, sagte er. Ronja Jansen, Präsidentin der Juso, konnte dem Abkommen jedoch nichts Gutes abgewinnen. Es sei nichts anderes als «green washing», weil die Palmölhersteller sich bei den Nachhaltigkeitskriterien quasi selber kontrollieren würden.

Zahlreiche weitere Wortmeldungen zeigten, wie gespalten die Partei in dieser Frage ist. Der Bündner Nationalrat Jon

Pult versuchte schliesslich im Namen der Geschäftsleitung, die Delegierten auf die Linie der Geschäftsleitung zu bringen, welche dem Abkommen zustimmen wollte. Das Abkommen werde dem programmatischen Grundsatz der Partei gerecht, den Übergang von freiem zu fairem Handel voranzutreiben, sagte er.

Die Geschäftsleitung kam mit ihrem Antrag allerdings nicht durch: Die Delegierten sprachen sich mit 119 zu 80 Stimmen bei 10 Enthaltungen gegen das Abkommen aus.

Klar gegen «identitäre Politik»

Klare Resultate gab es hingegen bei den anderen Vorlagen vom 7. März. Die sogenannte Burka-Initiative lehnten die Delegierten mit 177 zu 7 Stimmen ab. «Wir wollen keine Volkshetze, wir wollen nicht aus einem Randproblem eine grosse Vogelscheuche machen, und eine identitäre Politik hat in diesem Land nichts zu suchen», sagte die Waadtländer Nationalrätin Ada Marra dazu. Auch das Gesetz zur E-ID (elektronische Identität) lehnt die Partei klar ab mit 172 zu 6 Stimmen. (sda)